

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz  
im H a u s e

Name/Durchwahl:  
Mag. Barbara Di Paola / 5309  
Geschäftszahl:  
BMWfJ-15.000/0021-Pers/6/2012  
Ihre Zahl:  
BMASK-461.201/0008-VII/A/3/2012

Antwortschreiben bitte unter Anführung  
der Geschäftszahl an die E-Mail-Adresse  
[post@pers6.bmwfj.gv.at](mailto:post@pers6.bmwfj.gv.at) richten.

**BMASK; ArbeitnehmerInnenschutzgesetz; Arbeitsinspektionsgesetz;  
Änderung. Entwurf; Stellungnahme des BMWfJ**

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend beehrt sich, zu dem  
im Betreff genannten Entwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

**I. Zum Entwurf (Artikel 1 - Änderung des  
ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes)**

**Zu Z 50 (§ 93 Abs. 1 ASchG):**

Nach ho. Ansicht können neben den nun ausdrücklich angeführten  
Gewinnungsbetriebsplanverfahren auch Verfahren zur Genehmigung von  
Bergbauanlagen, wie z.B. Bohrungen, die in aller Regel unter den Begriff der  
"Arbeitsstätte" fallen werden, den Arbeitsstättenbewilligungsverfahren  
gleichgehalten werden. (Bergbauanlagen werden im  
Gewinnungsbetriebsplanverfahren nicht mitgenehmigt, sondern unterliegen  
§ 119 MinroG).

**1. § 93 Abs. 1 Z 2 ASchG sollte daher wie folgt lauten:**

"2. Genehmigung von Bergbauanlagen und von Gewinnungsbetriebsplänen nach  
dem Mineralrohstoffgesetz, BGBl. I Nr. 38/1999,"



**2.** Die Erläuterungen dazu könnten wie folgt lauten:

"In Abs. 1 Z 2 (Mineralrohstoffgesetz) wird nunmehr richtig auch auf die Genehmigung von Gewinnungsbetriebsplänen (und nicht wie bisher nur auf die Genehmigung von "Bergbauanlagen") abgestellt. Hinzuweisen ist darauf, dass nur solche Bergbauanlagen von § 93 ASchG erfasst sind, die unter den Begriff der Arbeitsstätte fallen. Für alle anderen Verfahren nach dem MinroG gilt § 94 Abs. 1 Z 7 ASchG."

## **II. Zu den Erläuterungen Zu Artikel 1 Z 21**

Der erste Satz der Erläuterungen zu § 20 Abs. 7 ASchG müsste richtig lauten:

"§ 20 Abs. 7 entspricht [...]."

## **III. Schlussbemerkung**

Unter einem wurde die gegenständliche Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrats übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen  
Wien, am 14.09.2012  
Für den Bundesminister:  
Mag.iur. Georg Konetzky